Stadt Plauen
Stadtrat

Plauen, 6. Dezember 2018

Niederschrift
über die 45. Sitzung des Stadtrates

Sitzung am :	Dienstag, den 20.11.2018
Sitzungsort:	im Großen Ratssaal des Rathauses

Beginn: 15:30 Uhr **Ende:** 20:38 Uhr

Anwesenheit:
Von 43 stimmberechtigten Mitgliedern des Stadtrates sind 21 ständig anwesend.

Vorsitzender: Oberbürgermeister Ralf Oberdorfer

Stimmberechtigtes Mitglied	Stimmberechtigtes Mitglied	Stimmberechtigtes Mitglied
Christian Erdmann	Lars Legath	Jörg Schmidt
Thomas Fiedler	Steffen Müller	Bernd Stubenrauch
Hansgünter Fleischer	Juliane Pfeil-Zabel	Christa Süß
Claudia Hänsel	Petra Rank	Hansjoachim Weiß
Wolfgang Hinz	Dieter Rappenhöner	Benjamin Zabel
Tobias Kämpf	Wolf-Rüdiger Ruppin	Bernd Stubenrauch
Kerstin Knabe	Thomas Salzmann	

Zeitweise Anwesende:
Zeitweise anwesend sind 17 stimmberechtigte Mitglieder des Stadtrates.

Stimmberechtigtes Mitglied	während TOP
Andre Bindl	zeitweise anwesend bis TOP 4.
Dieter Blechschmidt	zeitweise anwesend ab TOP 3.5. bis TOP 3.8.
Xenia Boerner	zeitweise anwesend ab TOP 3.3.
Ingo Eckardt	zeitweise anwesend bis TOP 1.5. und wieder anwesend ab TOP 3.5.
Klaus Gerber	zeitweise anwesend bis TOP 3.9.
Sven Gerbeth	zeitweise anwesend bis TOP 3.9. und wieder anwesend ab TOP 3.13.
Ronny Hagen	zeitweise anwesend bis TOP 3.7.
Christian Hermann	zeitweise anwesend ab TOP 1.5.
Daniel Herold	zeitweise anwesend bis TOP 3.5. und wieder anwesend ab TOP 3.7.
Klaus Jäger	zeitweise anwesend bis TOP 6.1.
Prof. Dr. Lutz Kowalzick	zeitweise anwesend bis TOP 3.5. und wieder anwesend ab TOP 3.14.
Monika Mühle	zeitweise anwesend bis TOP 3.5. und wieder anwesend ab TOP 3.14.
Ilka Reißner	zeitweise anwesend ab TOP 3.5.
Tobias Rüdiger	zeitweise anwesend bis TOP 6.1.
Annekatrin Schicker	zeitweise anwesend ab TOP 1.5. bis TOP 3.9.
Uta Seidel	zeitweise anwesend bis TOP 3.5. und wieder anwesend ab TOP 3.14.
Frank Michael Zabel	zeitweise anwesend ab TOP 3.5. bis TOP 3.7. zeitweise anwesend ab TOP 3.9.

Abwesende:
Abwesend sind 6 stimmberechtigte Mitglieder des Stadtrates.

Stimmberechtigtes Mitglied	Abwesenheitsgrund
Ralf Bräunel	entschuldigt (dienstlich)
Dirk Brückner	entschuldigt (Urlaub)
Rene Fischer	entschuldigt (dienstlich)

Alexandra Glied	entschuldigt (krank)
Rico Kusche	entschuldigt (krank)
Frank Thieme	entschuldigt (krank)

Mitglieder der Verwaltung:

Name	Funktion	Anwesenheit
Herr Zenner	Bürgermeister Geschäftsbereich I	zu allen TOP
Herr Sárközy	Bürgermeister Geschäftsbereich II	zu allen TOP
Frau Göbel	Fachbedienstete für das Finanzwesen	zu allen TOP
Herr Brückner	Leiter des Büro Oberbürgermeister	zu allen TOP
Herr Uebel	Leiter Rechnungsprüfungsamt	zu allen TOP
Herr Sorger	Wirtschaftsförderer der Stadt Plauen	zu allen TOP
Frau Weck	Pressesprecherin der Stadt Plauen	zu allen TOP
Frau Wolf	Leiterin Fachbereich Bau und Umwelt	öffentlicher Teil
Herr Grasse	Leiter Fachbereich Zentrale Dienste	öffentlicher Teil
Frau Myrczek	Gleichstellungsbeauftragte	öffentlicher Teil
Frau Seeling	Ausländer- und Behindertenbeauftragte	öffentlicher Teil
Frau Fischer	Leiterin Kulturbetrieb der Stadt Plauen	öffentlicher Teil
Herr vom Hagen	Leiter Eigenbetrieb Gebäude- und Anlagenverwaltung	öffentlicher Teil
Frau Spranger	Controllerin	öffentlicher Teil
Frau Winkler	Leiterin Fachgebiet Stadtplanung und Umwelt	öffentlicher Teil
Herr Gabriel	Leiter Fachgebiet Allg. Ordnungsangelegenheiten	öffentlicher Teil
Herr Ullmann	Leiter Fachgebiet Tiefbau	öffentlicher Teil
Herr Löffler	Fachgebiet Stadtplanung und Umwelt	öffentlicher Teil
Herr Brosig	Fachgebiet Stadtplanung und Umwelt	öffentlicher Teil

Weitere Sitzungsteilnehmer/Gäste:

von den Fraktionsgeschäftsstellen:	
Frau Lorenz, CDU-Fraktion	zu allen TOP
Frau Pietschmann, Fraktion FDP/Initiative Plauen	zu allen TOP
Herr Laible, SPD/Grüne-Fraktion	öffentlicher Teil
Vertreter des Seniorenbeirates	öffentlicher Teil
Vertreter der Presse	öffentlicher Teil
Herrn Schmieder, Forstbetriebsleiter für Plauen im Staatsbetrieb Sachsenforst.	TOP 3.5. öffentlicher Teil
Frau Kaiser, Geschäftsführerin der Theater Plauen-Zwickau gGmbH	TOP 6.1. nichtöffentlicher Teil

Tagesordnung – öffentlicher Teil:

1. Eröffnung der Sitzung
1.1. Tagesordnung
1.2. Niederschrift über den öffentlichen Teil der 44. Sitzung des Stadtrates am 02.10.2018
1.3. Beantwortung von Anfragen
1.4. Bekanntgabe von Beschlüssen aus der nichtöffentlichen Sitzung des Stadtrates am 02.10.2018
1.5. Informationen des Oberbürgermeisters

2. Information
2.1. Eilentscheidung Starkregenereignis Mai 2018

Drucksachennummer: 907/2018

3. Beschlussfassung

3.1. Abberufung von sachkundigen Einwohnern aufgrund personeller Veränderungen in den Fraktionen
Drucksachennummer: 904/2018

3.2. Übergabe des Überschusses der Liquidation von zweckgebundenen Vereinsvermögen des Diabetes-Zentrum Vogtland e.V. und des Numismatischer Verein e.V. Plauen an die Stadt Plauen
Drucksachennummer: 900/2018

3.3. Feststellung des Jahresabschlusses 2017 des Kulturbetriebes der Stadt Plauen
Drucksachennummer: 856/2018

3.4. Wahlkreiseinteilung für die Stadtratswahl am 26.05.2019
Drucksachennummer: 883/2018

3.5. Forstlicher Wirtschaftsplan 2019
Drucksachennummer: 885/2018

3.6. Wirtschaftsplan 2019 des Eigenbetriebes Gebäude- und Anlagenverwaltung der Stadt Plauen
Drucksachennummer: 886/2018

3.7. Umbau des Weisbachschen Hauses zu einem Textilzentrum Plauener Spitze
Drucksachennummer: 894/2018

3.8. Überplanmäßige Auszahlungen für die Umnutzung Seminarstr. Haus A für GS Dittes
Drucksachennummer: 898/2018

3.9. Aufhebung der Sanierungssatzung Burgstraße vom 1. März 2005
Drucksachennummer: 875/2018

3.10. Monitoring 2018 zum Parkraumkonzept 2016 der Stadt Plauen mit Anpassungen der Parkraumbewirtschaftung
Drucksachennummer: 887/2018
- Antrag der SPD/Grüne-Fraktion, ***Reg.-Nr. 279-18*** - Stellungnahme der Verwaltung
- Antrag der CDU-Fraktion ***Reg.-Nr. 285-18*** - Stellungnahme der Verwaltung
- Antrag der Fraktion DIE LINKE. ***Reg.-Nr. 298-18*** - Stellungnahme der Verwaltung

3.11. Aufhebung Aufstellungsbeschluss zur 4. Änderung des Flächennutzungsplanes im Parallelverfahren zur Aufstellung des BBP 041 „Dreifeldsporthalle am Lessinggymnasium“
Drucksachennummer: 888/2018

3.12. Bebauungsplan Nr. 041 „Dreifeldsporthalle am Lessinggymnasium“ – Billigungs- und Auslegungsbeschluss
Drucksachennummer: 889/2018

3.13. Grünpaten für Plauen - 100 neue Patenschaften bis 2022
Drucksachennummer: 895/2018

3.14. Beschluss zur Vorbereitung und Durchführung des Vergabeverfahrens als Direktvergabe eines öffentlichen Dienstleistungsauftrages an die Plauener Straßenbahn GmbH
Drucksachennummer: 896/2018

3.15. Marktkalender der Stadt Plauen für das Jahr 2019
Drucksachennummer: 890/2018

3.16. Gemeinsamer Antrag der SPD/Grüne Fraktion und der Fraktion DIE LINKE., zur Feuerwehreinsatz-planungs- und Alarmierungssoftware
Reg.-Nr. 276-18
- Stellungnahme der Verwaltung

3.17. Antrag der Fraktion DIE LINKE. zur Umstellung der Internetanschlüsse der kommunalen Einrichtungen und Gesellschaften,
Reg.-Nr. 307-18
- Stellungnahme der Verwaltung

4. Anfragen (§ 21 der Geschäftsordnung des Stadtrates der Stadt Plauen)

1. Eröffnung der Sitzung

Die 45. Sitzung des Stadtrates der Stadt Plauen wird durch Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit von Oberbürgermeister Oberdorfer eröffnet und geleitet.

Zu Beginn der Sitzung wurden die Anträge der CDU-Fraktion, ***Reg. Nr. 314-18*** und ***Reg. Nr. 315-18*** zum TOP 3.10. ausgereicht.

Oberbürgermeister Oberdorfer gibt bekannt, dass der

TOP 3.10. Monitoring 2018 zum Parkraumkonzept 2016 der Stadt Plauen mit Anpassungen der Parkraumbewirtschaftung, ***Drucksachennummer: 887/2018***

von der heutigen Tagesordnung abgesetzt wird, da die o. g. beiden Anträge der CDU-Fraktion weit in die Vorlage eingreifen und somit eine erneute Befassung im zuständigen Ausschuss notwendig wird.

Die o. g. Verwaltungsvorlage, ***Drucksachennummer: 887/2018***,sowie folgende 3 Anträge werden nochmals zur Vorberatung in den Stadtbau- und Umweltausschuss am 21.01.2019 und zur Beschlussfassung in die Stadtratssitzung am 03.02.2019 verwiesen:

Antrag der SPD/Grüne-Fraktion, ***Reg. Nr. 279-18***
Antrag der CDU-Fraktion, ***Reg. Nr. 314-18***
Antrag der CDU-Fraktion, ***Reg. Nr. 315-18***

Gleichzeitig bittet Oberbürgermeister Oberdorfer um schriftliche Stellungnahmen des Geschäftsbereiches II zu den beiden o. g. Anträgen der CDU-Fraktion, ***Reg. Nr. 314-18*** und ***Reg. Nr. 315-18***.

Der Antrag, ***Reg. Nr. 285-18,*** wird von der CDU-Fraktion **zurückgezogen.**
Der Antrag, ***Reg. Nr. 298-18,*** wird von der Fraktion DIE LINKE. **zurückgezogen.**

Mit Einverständnis des Stadtrates werden zur Mitunterzeichnung der Niederschrift Stadträtin Juliane Pfeil-Zabel, SPD/Grüne-Fraktion, und Stadtrat Hansjoachim Weiß, CDU-Fraktion, bestellt.

1.1. Tagesordnung

siehe TOP 1

Seitens der Mitglieder des Stadtrates gibt es keine weiteren Änderungswünsche.

1.2. Niederschrift über den öffentlichen Teil der 44. Sitzung des Stadtrates am 02.10.2018

Oberbürgermeister Oberdorfer stellt die inhaltliche Richtigkeit der Niederschrift über den öffentlichen Teil der 44. Sitzung des Stadtrates am 02.10.2018 unter Beachtung der nachfolgenden Hinweise/Änderungen fest:

Stadträtin Juliane Pfeil-Zabel, SPD/Grüne-Fraktion bittet um folgende Änderung:

Seite 8, TOP 4.4. – 3. Absatz

Stadträtin Pfeil-Zabel führt aus, dass eine Dynamisierung der Kita-~~Beiträge~~ **Pauschale** ihrer Meinung nach dringend erforderlich wäre.

Stadtrat Hansjoachim Weiß, CDU-Fraktion, weist darauf hin dass noch immer nicht geklärt sei, ob ein Mitglied des Stadtrates zur Sitzung am 04.09.2018 als entschuldigt oder unentschuldigt gilt. In der entsprechenden Niederschrift wurde er mit „abwesend“ geführt.

Oberbürgermeister Oberdorfer antwortet, dass er dies schlecht feststellen kann.
Dies müsse das angesprochene Mitglied des Stadtrates selbst kundtun.

1.3. Beantwortung von Anfragen

Stadtrat Hansjoachim Weiß, CDU-Fraktion, zitiert aus der Niederschrift der Stadtratssitzung vom 29.08.2017 zum Thema Nachbesetzung Aufsichtsrat:

TOP 2.4.Information über Umbesetzung von Gremien in Unternehmen privaten Rechts mit
Beteiligung der Stadt Plauen, *Drucksachennummer: 640/2017*

„…Gleichzeitig wird Oberbürgermeister Oberdorfer die Sachlage bei der Rechtsaufsicht vorlegen. Sollte die Rechtsaufsicht zu einer anderen Auffassung der Rechtslage kommen, so ist die o. g. Festlegung zu revidieren und die Umbesetzung des Aufsichtsrates anders vorzunehmen….“

Stadtrat Weiß ging davon aus, dass Oberbürgermeister Oberdorfer über das Ergebnis der rechtsaufsichtlichen Prüfung informiert. Da diese Information bis jetzt nicht vorliegt möchte Stadtrat Weiß folgendes gemäß § 19 der Geschäftsordnung des Stadtrates der Stadt Plauen zu Protokoll geben:

In der Stadtratssitzung am 29.08.2017 hatte Oberbürgermeister Oberdorfer die o. g. Informationsvorlage ausgereicht. Stadtrat Weiß hat im Vorfeld schriftlich und zur o. g. Sitzung mündlich moniert,
dass dies nicht geht, da die Aufsichtsräte 2014 im Rahmen einer Einigung im Stadtrat beschlossen wurden und dass Veränderungen nur mit Beschluss im Stadtrat möglich sind.
Oberbürgermeister Oberdorfer hat dies verneint und gesagt, dass die Vorlage die Rechtsauffassung der Stadtverwaltung darstellt. Stadtrat Weiß hat dem widersprochen. Dann kam die o. g. Aussage von Oberbürgermeister Oberdorfer.
Unabhängig davon hat Stadtrat Weiß als Aufsichtsratsvorsitzender der Plauener Straßenbahn GmbH am 30.08. bei der Rechtsaufsicht im Landratsamt um eine Prüfung und Stellungnahme gebeten. Diese hat Stadtrat Weiß am 15.11.2018 zusammen mit einer Stellungnahme der Landesdirektion vom 23. Juli erhalten. In beiden wurde ausgesagt, dass Stadtrat Weiß vollumfänglich recht gehabt hat und das eine Information bei Veränderung nicht ausreicht, wenn Aufsichtsrat oder Ausschuss mit Einigung oder Wahl im Stadtrat beschlossen wurde.

Stadtrat Weiß zitiert aus dem Schreiben von Frau Panzert:

„Ich möchte Ihnen auf Ihre Anfrage zur Besetzung der Aufsichtsräte der PSB die Antwort der Landesdirektion vom 23.07. mitteilen. Darin geht die Landesregierung nochmals auf das Prozedere des Benennungsverfahrens ein und verweist in diesem Zusammenhang darauf, dass beim Aus-scheiden eines Stadtrates aus dem Aufsichtsrat alle von der Stadt entsandten Personen neu zu bestellen sind. Da die vorhergehende Bestimmung der Aufsichtsratsmitglieder nicht im Wege des Benennungsverfahrens erfolgt war. Ab dem Zeitpunkt, ab dem die Entsendung erstmalig durch Benennungsverfahren erfolgt ist, reicht danach beim Ausscheiden eines einzelnen

Aufsichtsrats-mitgliedes eine Erklärung der betreffenden Fraktion gegenüber dem Oberbürgermeister zu einem nachrückenden Aufsichtsratsmitglied aus. Im vorliegenden Fall war daher die einzelne Erklärung der Fraktion SPD/Grüne zum Zwecke der Benennung eines nachgerückten Stadtrates nicht ausreichend gewesen. Es hätte eine komplette Neubesetzung geben müssen. Da das Problem so nicht mehr
auftreten kann und der Oberbürgermeister darauf mündlich bereits hingewiesen wurde, wird von einer weiteren Verfolgung der Angelegenheit abgesehen…“

**Stadtrat Weiß führt weiter aus, dass nicht notiert ist, dass im Gesellschaftervertrag geregelt ist, dass Nachbesetzung durch Stadtrat letztendlich möglich wäre. Deswegen erwartet er, dass der rechtliche Zustand beim Aufsichtsrat der PSB unter Beachtung des Gesellschaftsvertrages
§ 9 Abs. 3 durch Beschluss im Stadtrat hergestellt wird.**

**Stadtrat Weiß bittet zu prüfen, ob die Beschlüsse im Aufsichtsrat der PSB vom September 2017
bis September 2018 rechtens sind.**

Stadtrat Weiß bittet zu prüfen, ob Herr Stadtrat Fiedler seine Aufwandsentschädigung aus diesem Zeitraum zurückzahlen muss.

Den ganzen Vorgang übergibt Stadtrat Weiß an Oberbürgermeister Oberdorfer.

Oberbürgermeister Oberdorfer regt an, solche und ähnliche Angelegenheiten zukünftig im Vorfeld mit ihm zu klären. Dies sei sachdienlicher.

Oberbürgermeister Oberdorfer führt aus, dass die Rechtsaufsichtsbehörde keinen Handlungsbedarf in der o. g. Angelegenheit sieht.

Oberbürgermeister Oberdorfer hat den Brief der Rechtsaufsichtsbehörde bis heute dem Stadtrat nicht zur Kenntnis gegeben, da von der Rechtsaufsichtsbehörde die Korrektur dieses Sachverhaltes nicht als eilig eingestuft wurde.

Oberbürgermeister Oberdorfer bittet Herrn Brückner, Leiter des Büro Obürgermeister, um Mitteilung der Sachlage an alle Fraktionen.

1.4. Bekanntgabe von Beschlüssen aus der nichtöffentlichen Sitzung des Stadtrates am 02.10.2018

Der Stadtrat der Stadt Plauen hat die unbefristete Berufung von Frau Kerstin Fischer, beginnend ab dem 23.10.2018, zur Ersten Betriebsleiterin des Eigenbetriebes Kulturbetrieb der Stadt Plauen beschlossen.
Die Betriebssatzung ist dementsprechend anzupassen.

1.5. Informationen des Oberbürgermeisters

Oberbürgermeister Oberdorfer informiert über die Sonderförderung des Bundes an die Stadt Plauen. Plauen wurde neben Rostock, Erfurt und Duisburg als Modellkommune für die Städtebauförderung ausgewählt. Bei der Bewerbung wurde sich insbesondere auf Beschlüsse aus dem Stadtrat gestützt, z. B. Stadtkonzept 2020.
Es handelt sich nicht um eine klassische Städtebauförderung. Es gibt keine städtischen Eigenanteile. Vom Vertreter des Innenministeriums wurde angeregt, dass die Stadt Plauen eine Projektgesellschaft mit einer dafür zu ständigen Gesellschaft des Bundes und dem Innenministerium Sachsen gründen

sollte.

Da 2019 als reine Planungszeit vorgesehen ist, wird laut Mitteilung von Oberbürgermeister Oberdorfer die Haushaltsbeschlussfassung für 2019 nicht berührt. Es liegt weder ein Fördermittelbescheid noch eine Bestätigung seitens des Bundes vor, dass die vorgeschlagenen Projekte angenommen werden.

Oberbürgermeister Oberdorfer bedankt sich an dieser Stelle nochmals ausdrücklich bei der Bundestagsabgeordneten Frau Yvonne Magwas für den Hinweis und die Unterstützung für diese Bewerbung.

Oberbürgermeister Oberdorfer führt aus, dass es sich hier um eine rein politische Entscheidung handelt. Er versteht dies auch so, dass unabhängig von der derzeitigen Bundesregierung Verpflichtungsermächtigungen im Haushaltsausschuss der Bundesregierung beschlossen wurden, wonach die Gelder auch für zukünftige Regierungen bindend sein sollten. Bis 2026 seien die Mittel abrufbar.

Oberbürgermeister Oberdorfer informiert, dass bisher nichts Schriftliches vorliegt, er aber davon ausgeht, dass die Schriftform des Bundes an die Stadt Plauen gewahrt werden müsse.

Aus Sicht von Oberbürgermeister Oberdorfer habe Herr Ministerpräsident Kretschmer sehr unbürokratisch gehandelt, in dem er mitteilte, dass selbstverständlich auch die Kofinanzierung über das Land Sachsen aus erfolgen wird.
Es müssen hierfür zusätzliche Landesmittel zur Verfügung gestellt werden, da festgelegt wurde, dass diese Kofinanzierung nicht auf Kosten der regulären Städtebauförderung des Landes Sachsens gehen darf.

2. Information

2.1. Eilentscheidung Starkregenereignis Mai 2018
Drucksachennummer: 907/2018

Oberbürgermeister Oberdorfer erläutert den Inhalt der Vorlage.
Auf Nachfrage wurde den Fraktionen noch die Anlage aus dem Festsetzungsbescheid zur Schadensbeseitigung (53 Maßnahmen) zugearbeitet, welche aus den zur Verfügung gestellten 6,9 Mio. finanziert wurden.

Information:
Der Stadtrat der Stadt Plauen nimmt die in der Anlage aufgeführte Eilentscheidung des Oberbürgermeisters vom 30.10.2018 zur Kenntnis.

3. Beschluss

3.1. Abberufung von sachkundigen Einwohnern aufgrund personeller Veränderungen in den Fraktionen
Drucksachennummer: 904/2018

Beschluss:
Der Stadtrat der Stadt Plauen beruft gemäß § l8 Abs. 1 Pkt. 4 SächsGemO Herrn Danny Przisambor als sachkundigen Einwohner ab.

Abstimmungsergebnis:33 Ja-Stimmen; keine Nein-Stimmen; keine Stimmenthaltungen

Beschluss-Nr. : 45/18-I

3.2. Übergabe des Überschusses der Liquidation von zweckgebundenen Vereinsvermögen des Diabetes-Zentrum Vogtland e.V. und des Numismatischer Verein e.V. Plauen an die Stadt Plauen
Drucksachennummer: 900/2018

Beschluss:
1. Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt die Annahme des Vereinsvermögens des Vereins Diabetes-Zentrum Vogtland e.V. i. L. sowie dessen Rücklage und Verwendung für ungeplante Anschaffungen für kommunale Kindertagesstätten.

2. Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt die Annahme des Vereinsvermögens des ehemaligen Numismatischer Verein e.V. Plauen sowie dessen Rücklage und Verwendung für ungeplante Anschaffungen für kommunale Kindertagesstätten.

Abstimmungsergebnis: 33 Ja-Stimmen; keine Nein-Stimmen; keine Stimmenthaltungen
Beschluss-Nr.: 45/18-2

3.3. Feststellung des Jahresabschlusses 2017 des Kulturbetriebes der Stadt Plauen
Drucksachennummer: 856/2018

Frau Fischer, Direktorin des Kulturbetriebes der Stadt Plauen, erläutert den Inhalt der Vorlage.

Stadträtin Petra Rank, Fraktion DIE LINKE., merkt an, dass das derzeitige Defizit u. a. daraus entstanden ist, dass versäumt wurde, wichtige Brandschutzmaßnahmen in der Bibliothek durch-zuführen.
Im Kultur- und Sportausschuss wurde von der Fraktion DIE LINKE. angemahnt, dass hierfür Verantwortliche zur Rechenschaft herangezogen werden müssten.

Frau Fischer antwortet, dass gemeinsam mit dem Eigenbetrieb Gebäude- und Anlageverwaltung versucht wurde, die Situation der versäumten Brandschutzmaßnahmen nachzuvollziehen. Es sei leider nicht mehr möglich, Verantwortliche von damals ausfindig zu machen.

Stadträtin Rank fragt im Hinblick auf steigende Betriebskosten für das Gebäude des Vogtlandkonservatoriums nach, ob der vor längerer Zeit vorgeschlagene Umzug des Vogtlandkonservatoriums in die Räumlichkeiten der derzeitigen Staatlichen Studienakademie nach Fertigstellung des Schlossareals noch aktuell ist.

Frau Fischer antwortet, dass es derzeit Pläne gibt, das derzeitige Gebäude der Staatlichen Studien-akademie auch nach der Fertigstellung des Schlossareals weiter zu nutzen.
Aufgrund dessen, dass das Vogtlandkonservatorium an Kapazitätsgrenzen stößt, muss darüber nachgedacht werden, dass Gebäude so weit als möglich zu erweitern.

Oberbürgermeister Oberdorfer ergänzt, dass es zum derzeitigen Gebäude der Staatlichen Studien-akademie einen aktuellen Mietvertrag mit dem Freistaat Sachsen und dem Staatlichen Immobilien- und Baumanagement (Tochterfirma des Finanzministeriums) gibt, der nicht in Frage gestellt werden sollte.

Stadtrat Klaus Jäger, Fraktion DIE LINKE., teilt mit, dass der Sinn der Anfrage bezüglich des Gebäudes in der Melanchthonstraße die Perspektive für das Vogtlandkonservatorium nach dem Umzug der Staatlichen Studienakademie auf das Schlossareal war.

Oberbürgermeister Oberdorfer merkt an, dass es Ziel sein sollte, beide Gebäude (Melanchthonstraße – ca. 300 Studenten und Campus auf dem Schlossareal – ca. 400 Studenten) für die Nutzung durch die Staatliche Studienakademie zur Verfügung zu stellen.

Beschluss:
Der Stadtrat der Stadt Plauen stellt den Jahresabschluss 2017 des Kulturbetriebes der Stadt Plauen fest.

1. Der Jahresverlust des Kulturbetriebes der Stadt Plauen in Höhe von 137.769,05 EUR wird auf neue Rechnung vorgetragen.

2. Der Betriebsleitung wird Entlastung erteilt.

3. Der Verlustvortrag bis zum 31.12.2016 in Höhe von 121.971,77 EUR wird aus dem Eigenkapital (Kapitalrücklage) des Kulturbetriebes der Stadt Plauen ausgeglichen.

Abstimmungsergebnis: 34 Ja-Stimmen; keine Nein-Stimmenl keine Stimmenthaltungen
Beschluss-Nr. : 45/18-3

3.4. Wahlkreiseinteilung für die Stadtratswahl am 26.05.2019
Drucksachennummer: 883/2018

Beschluss:
Der Stadtrat beschließt, die Stadt Plauen wird für die Stadtratswahl am 26.5.2019 in einen Wahlkreis eingeteilt.

Abstimmungsergebnis: 34 Ja –Stimmen; keine Nein-Stimmen; keine Stimmenthaltungen
Beschluss-Nr.: 45/18-4

3.5. Forstlicher Wirtschaftsplan 2019
Drucksachennummer: 885/2018

Oberbürgermeister Oberdorfer begrüßt zu diesem Tagesordnungspunkt Herrn Schmieder, Forstbetriebsleiter für Plauen im Staatsbetrieb Sachsenforst.

Herr Schmieder erläutert den Inhalt der Vorlage anhand einer Bildschirmpräsentation.

Stadtrat Dieter Rappenhöner, SPD/Grüne-Fraktion, hat folgende Nachfragen:

1. Wie geht der Staatsbetrieb Sachsenforst damit um, dass Kahlschläge über 1 ha nicht erlaubt sind?
2. Bittet darum dass der Staatsbetrieb Sachsenforst darauf achtet, das die Kernflächen des Naturschutzes (Bodenschutzwälder, FFH-Wälder usw.) nicht mit zum Verkaufsgebiet gehört.

Stadtrat Jörg Schmidt, Vorsitzender der CDU-Fraktion, fragt nach, wie es mit dem Waldumbau weitergehen soll.
Die CDU-Fraktion hat bereits in der Vergangenheit darauf hingewiesen, dass versäumt wurde, explizit auf den Wildverbiss zu schauen bzw. auf Gegenmaßnahmen zu achten.

Stadtrat Schmidt fragt nach, wie sich die Zahlen beim Abschuss des Wildes entwickelt haben. Wurde Schadenersatz verlangt, bzw. wie haben sich die Jäger hier verhalten? Wurden neue Verträge geschlossen?

Für die CDU-Fraktion ist eine nachhaltige Bewirtschaftung des Waldes wichtig. Deshalb fragt er nach, ob die Möglichkeit besteht, Arondierungsflächen auszutauschen.

Stadtrat Schmidt fragt weiter nach, ob die in 2019 avisierten Waldverkäufe (10 ha) tatsächlich Arondierungsflächen sind. Es sollte besser darüber nachgedacht werden, intensiver zu bewirtschaften, statt noch weiter Wald zu verkaufen.
Eine fachliche Einschätzung durch Herrn Schmieder hierzu wäre der CDU-Fraktion wichtig.

Herr Schmieder teilt mit, dass Kahlschläge im Waldgesetz geregelt sind und speziell beim Körperschaftswald genehmigt werden müssen.

Herr Schmieder führt weiter aus, dass der Flächenverkauf in die Alleinzuständigkeit der Stadt Plauen fällt. Dort kann der Staatsbetrieb Sachsenforst maximal Hinweise geben, aber keinen Einfluss darauf nehmen.

Bezüglich Wildverbiss und Jagd führt Herr Schmieder aus, dass der städtische Förster Herr Fischer eine zweigleisige Strategie durchführt.
Einerseits werden Pächter innerhalb der vertraglichen Regelungen dazu motiviert, den Abschuss zu erhöhen. Andererseits werden für Flächen, auf denen die Pacht abgelöst wurde, Begehungsscheine vergeben. Dort sind die Abschussraten tatsächlich gestiegen.

Oberbürgermeister Oberdorfer ergänzt, dass er selbst im Pfaffengut zur Jahrestagung der Jagdpächter mit anwesend war und dafür geworben hat, die Abschusszahlen speziell bei Rehwild zu erhöhen.

Beschluss:
Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt den in der Anlage beigefügten Forstlichen Wirtschaftsplan 2019 für den Körperschaftswald der Stadt Plauen.

Abstimmungsergebnis: 36 Ja-Stimmen; keine Nein-Stimmen; keine Stimmenthaltungen
Beschluss-Nr.: 45/18-5

3.6. Wirtschaftsplan 2019 des Eigenbetriebes Gebäude- und Anlagenverwaltung der Stadt Plauen
Drucksachennummer: 886/2018

Herr vom Hagen, Leiter des Eigenbetriebes Gebäude- und Anlagenverwaltung, erläutert den Inhalt der Vorlage.

Beschluss:
1. Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt den Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes Gebäude- und Anlagenverwaltung der Stadt Plauen für das Wirtschaftsjahr 2019, mit Erträgen i. H. v. 21.384.991 EUR und Aufwendungen i. H. v.21.856.728 EUR, somit mit einem Verlust i. H. v. 471.737 EUR im Erfolgsplan, mit einem Mittelzufluss aus laufender Geschäftstätigkeit i. H. v. 5.266 EUR, mit einem Mittelabfluss aus Investitionstätigkeit i. H. v. 570.300 EUR und einem Mittelzufluss aus Finanzierungstätigkeit i. H. v. 151.513 EUR im Liquiditätsplan.

2. Der Gesamtbetrag für die Investitionen wird auf 585.300 € festgesetzt.

3. Der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen wird auf 150.000 € festgesetzt.

4. Der Höchstbetrag der Kassenkredite wird auf 1.500.000 € festgesetzt.

Abstimmungsergebnis: 33 Ja-Stimmen; keine Nein-Stimmen; keine Stimmenthaltungen
Beschluss-Nr.: 45/18-6

3.7. Umbau des Weisbachschen Hauses zu einem Textilzentrum Plauener Spitze
Drucksachennummer: 894/2018

Herr vom Hagen, Leiter Eigenbetrieb Gebäude- und Anlagenverwaltung, erläutert den Inhalt der Vorlage. Gleichzeitig benennt er die Weiterentwicklungen/Änderungen zum letzten Planungsstand.

Stadtrat Jörg Schmidt, Vorsitzender der CDU-Fraktion, fragt nach, ob die Änderungsvorschläge der Familie Weisbach mit in die aktuelle Planung eingebracht wurden.

Herr Sárközy, Bürgermeister Geschäftsbereich II, führt aus, dass es mehrere Gespräche mit Herrn Weisbach gab. Mit den nach seiner Meinung guten Kompromissen, die nunmehr erarbeitet wurden, sei Herr Weisbach einverstanden.

Stadtrat Dieter Rappenhöner, SPD/Grüne-Fraktion, fragt bezüglich der Darlegung im „Sachverhalt“ der Verwaltungsvorlage, ***Drucksachennummer: 894/2018*** nach, ob es sich nun um das EFRE-Handlungsfeld „Verbesserung des kulturhistorischen Angebotes“ (2. Absatz) oder um das EFRE-Handlungsfeld „Tourismus“ (5. Absatz) handelt.

Oberbürgermeister Oberdorfer interpretiert dies so, dass die kulturhistorische Bedeutung des Gebäudes die Grundlage bildet und das Ganze mit einem touristischen Ansatz unterlegt sein soll, um auch eine Refinanzierung der Kosten durch die Touristen erreichen zu können.

Herr Sárközy, Bürgermeister Geschäftsbereich II, ergänzt, dass es wichtig war, überhaupt in dieses EFRE-Programm aufgenommen zu werden.

Weiterhin fragt Stadtrat Rappenhöner nach, was die graue Fläche (Lichtschacht?) im Bereich des Anbaues (Darstellung auf Seite 5 der o. g. Vorlage) darstellen soll.

Herr vom Hagen teilt mit, dass es sich hierbei wahrscheinlich um das Oberlicht über dem Treppen-aufgang handelt.

Stadtrat Rappenhöner fragt außerdem nach, ob die Zugangsmöglichkeiten der Mieter des Weisbachschen Hauses während der Bauphase und danach gewährleistet werden.

Herr vom Hagen teilt mit, dass dies derzeit noch nicht genau gesagt werden kann, da der Zugang während der Bauphase nicht Gegenstand der Entwurfsplanung sein kann. Natürlich wird dieses Thema rechtzeitig vor der Einrichtung der Baustelle geklärt.

Beschluss:
Der Stadtrat der Stadt Plauen nimmt den aktualisierten Planungsstand (Genehmigungsplanung) für den Umbau des Weisbachschen Hauses zu einem Textilzentrum Plauener Spitze zur Kenntnis und beschließt auf dieser Grundlage die Realisierung des Vorhabens.

Abstimmungsergebnis: 34 Ja-Stimmen; keine Nein-Stimmen; keine Stimmenthaltungen
Beschluss-Nr.: 45/18-7

3.8. Überplanmäßige Auszahlungen für die Umnutzung Seminarstr. Haus A für GS Dittes
Drucksachennummer: 898/2018

Oberbürgermeister Oberdorfer teilt mit, dass die von Stadtrat Klaus Jäger, Fraktion DIE LINKE. im Finanzausschuss gestellten Anfragen bezüglich der Mehrkosten für die Außenanlagen bereits schriftlich beantwortet wurden. Die massiven Kostensteigerungen im Bereich Außenanlagen basiert ausschließlich auf den deutlich höheren Ausschreibungsergebnissen. Im Planungsverlauf selbst gab es keine Änderungen.

Stadtrat Benjamin Zabel, Vorsitzender der SPD/Grüne-Fraktion, freut sich, dass die Kommunikation mit den Eltern und auch die Beteiligung der Eltern bei der Planung besser geworden sind. Für künftige Bauvorhaben (Schule bzw. Kita) sollte dies weitergeführt werden.

Stadtrat Dieter Rappenhöner, SPD/Grüne-Fraktion, fragt zu den Losen 13 und 17 nach: Kostensteigerung i. H. v. 80 % bis 95 % können seiner Meinung nach nicht nur Baukostenerhöhungen darstellen.

Herr vom Hagen, Leiter des Eigenbetriebes Gebäude- und Anlagenverwaltung, teilt mit, dass es sich bei den Losen 13 und 17 um Malerarbeiten und Außenanlagen handelt.
Er interpretiert die Mehrkosten so, dass die Kalkulation der Entwurfsplanung für diese beiden Lose durch die Firma zu niedrig war. Er vermutet, dass Änderungen in der Planung nicht berücksichtigt wurden. Trotzdem handelt es sich jeweils um ein zuschlagsfähiges Angebot.

Oberbürgermeister Oberdorfer ergänzt im Hinblick auf die anstehende Haushaltsbefassung 2019, dass der Zeitpunkt der Ausschreibung immer mehr eine Rolle bei den Kosten spielt.

Beschluss:
Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt die Bereitstellung überplanmäßiger Auszahlungen in Höhe von 150.000 EUR (Investitions-Nr. 12-IK00005) für die Baumaßnahmen zur Umnutzung des Gebäudes Seminarstraße 13/15 Haus A für die Dittes-Grundschule.

Abstimmungsergebnis: 31 Ja-Stimmen; keine Nein-Stimmen; 1 Stimmenthaltung
Beschluss-Nr.: 45/18-8

3.9. Aufhebung der Sanierungssatzung Burgstraße vom 1. März 2005
Drucksachennummer: 875/2018

Oberbürgermeister Oberdorfer erläutert den Inhalt der Vorlage.

Beschluss:
Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt die Satzung zur Aufhebung der Sanierungssatzung Burgstraße

vom 1. März 2005 (siehe Anlage).

Abstimmungsergebnis: 31 Ja-Stimmen; keine Nein-Stimmen; keine Stimmenthaltungen
Beschluss-Nr.: 45/18-9

3.11. Aufhebung Aufstellungsbeschluss zur 4. Änderung des Flächennutzungsplanes im Parallel-verfahren zur Aufstellung des BBP 041 „Dreifeldsporthalle am Lessinggymnasium“
Drucksachennummer: 888/2018

Oberbürgermeister Oberdorfer weist darauf hin, dass das Deckblatt dieser Verwaltungsvorlage mit dem Deckblatt der Verwaltungsvorlage ***Drucksachennummer: 889/2018*** beim Kopieren vertauscht wurde. Ein entsprechender Hinweis ist in der Anlage zur Tagesordnung aufgeführt.

Da diese beiden Verwaltungsvorlagen inhaltlich zusammenhängen, wird nunmehr gleichzeitig über beide gesprochen.

Herr Löffler, Fachgebiet Stadtplanung und Umwelt, erläutert anhand einer Bildschirmpräsentation den Inhalt dieser und der folgenden Verwaltungsvorlage.

Stadtrat Dieter Rappenhöner, SPD/Grüne-Fraktion, merkt an, dass er von Anfang an ein Befürworter des Neubaus dieser Sporthalle war. Der vorgelegte städtebauliche Entwurf des Planungsbüros ist aus seiner Sicht auch in Ordnung.

Nach Meinung von Stadtrat Rappenhöner sei aber Thema europäischer Artenschutz ein Belang, der beim Landratsamt Vogtlandkreis und bei der unteren Naturschutzbehörde „schon mehrmals etwas sträflich behandelt wurde“. Da hier aber ein Bebauungsplan vorliegt, der aus dem Flächennutzungsplan entwickelt wird, wäre die Stadt Plauen die Beklagte, wenn es zum Thema Artenschutz Klagen geben würde.
Deshalb sei es aus Sicht von Stadtrat Rappenhöner dringend erforderlich, dass man bei diesem Beschluss sehr genau darauf achtet.

In diesem Sinne bringt Stadtrat Rappenhöner 2 Änderungsanträge ein, die er nunmehr erläutert.

Stadtrat Rappenhöner möchte, dass das Lessing-Gymnasium seine Sporthalle bekommt, deshalb bittet er um Zustimmung zu den o. g. Anträgen.

Stadträtin Petra Rank, Fraktion DIE LINKE., versteht nicht, dass mit den o. g. Änderungsanträge eine Diskussion beginnt, die sich ihre Fraktion zu Beginn der Maßnahme gewünscht hätte. Die Fraktion DIE LNKE. hat von Anfang kritisch gesehen, dass so viele Zuschauerplätze und Parkmöglichkeiten geschaffen werden sollen, statt einzelne Gärten der bisherigen Kleingartensparte zu erhalten.

Oberbürgermeister Oberdorfer kann nicht akzeptieren, dass Stadtrat Rappenhöner seine Anträge (die sehr viel Fachwissen enthalten) so kurzfristig stellt. Es gab seiner Meinung nach im Vorfeld genügend Möglichkeiten diese Anträge einzubringen und diese umfassend diskutieren und prüfen zu lassen.

Stadtrat Ingo Eckardt, CDU-Fraktion, betont, dass er hier seine persönliche Meinung vorträgt. Auch er hat das Vorhaben der Dreifeldsporthalle am Lessing-Gymnasium stets kritisch gesehen. Den Bau einer für den Vereinssport tauglich Halle am derzeitigen Standort, hält Stadtrat Eckardt für eine „zweitbeste Lösung“ für Plauen. Es sollte überlegt werden, ob der Bau einer Multifunktionshalle am Neustadtplatz die besser Variante wäre.

Oberbürgermeister Oberdorfer merkt an, dass seiner Meinung nach die Halle am Neustadtplatz die zweitbeste Lösung wäre. Verkehrstechnisch sei der Standort am Lessing-Gymnasium viel besser erschlossen.

Herr Sárközy, Bürgermeister Geschäftsbereich II, spricht zu den Änderungsanträgen von Stadtrat Rappenhöner.
Man befinde sich am Anfang des Planverfahrens. Es wurde mit der vorgezogenen Beteiligung der Behörden und der Öffentlichkeit gute Vorarbeit geleistet. Das eigentliche Planverfahren beginnt nun erst.

Bürgermeister Sárközy führt weiter aus, dass alles unternommen wurde, was bei einem solchen Planverfahren gesetzlich vorgeschrieben ist. Einwände der Bevölkerung auch hinsichtlich des Naturschutzes könnten nach den heutigen Beschlüssen immer noch eingebracht und von der Verwaltung geprüft werden.

Bürgermeister Sárközy appelliert an die Mitglieder des Stadtrates die beiden Änderungsanträge heute nicht zu befürworten.

Oberbürgermeister Oberdorfer ergänzt, dass durch das beauftragte Planungsbüro bereits Lösungen am Baukörper eingeplant wurden, um gefährdete Arten zu schützen.

Herr Zenner, Bürgermeister Geschäftsbereich I, führt aus, dass sich die Stadt Plauen im Zuge der Gesamtbaumaßnahmen entschlossen hat, am Lessing-Gymnasium eine Dreifeldsporthalle zu errichten. Danach kann der derzeitige Sportsaal in benötigte Klassenzimmer sowie in einen Speiseraum umgewandelt werden.
Im Sportstättenplan sind 2 Zweifeldhallen vorgesehen. Hierbei sei eine Multifunktionsarena, welche dann vielleicht auch für Konzerte usw. genutzt werden könnte, ausdrücklich nicht im Planungsumfang enthalten.

Stadtrat Lars Legath, Fraktion DIE LINKE. fragt nach, wo das 4 Feld aus der Sportstättenplanung gebaut werden soll.

Stadtrat Legath führt aus, dass es derzeit das Gerücht gäbe, dass sich beide Plauener Handballvereine sich zusammenschließen könnten. Für ihn stellt sich dann das Problem dar, dass nunmehr eine Halle gebaut wird, die man in einigen Jahren nicht mehr benötigen würde.

Oberbürgermeister Oberdorfer antwortet, dass der Bau der 1-Feld-Halle an der Kemmler-Schule bereits in der Stadtratssitzung im August 2018 im Zuge des Projektes in der Ostvorstadt mit beschlossen wurde. Die weiteren Ausführungen von Stadtrat Legath seien nach Meinung von Oberbürgermeister Oberdorfer Spekulation.

Stadtrat Rappenhöner weist noch einmal ausdrücklich darauf hin, dass er nicht gegen den Bau der Dreifeldsporthalle am Lessinggymnasium ist. Er betont, dass der Städtebauliche Entwurf richtig ist. Es sollte auch kein Problem darstellen, die textlichen Festsetzungen, die jetzt schon im Umweltbericht stehen, in den Textteil des Bebauungsplanes mit aufzunehmen.

Stadtrat Rappenhöner verliest den 1. Änderungsantrag.

Oberbürgermeister Oberdorfer lässt ein Wort dafür und ein Wort dagegen zu.
Seitens der Mitglieder des Stadtrates gibt es kein Wort dafür.

Auf Wunsch von Oberbürgermeister Oberdorfer trägt Bürgermeister Sárközy, das Wort dagegen vor.

Beschluss zum Änderungsantrag Nr. 1:

1. In die textlichen Festsetzungen des Bebauungsplanes Nr. 041 „Dreifeldsporthalle am Lessinggymnasium“ sind folgende Vermeidungsmaßnahmen aus dem Umweltbericht zu übernehmen:
- V2 ökologische Baubegleitung
- V4 Verminderung von Lärmemissionen
- V5 Verminderung von Schadstoffemissionen
- V6 Vermeidung des Verlustes von Betriebsstoffen
- V7 Vermeidung der Beschädigung archäologischer Denkmäler

2. Zusätzlich ist ein Monitoring zur Überprüfung der Wirksamkeit der artenschutzrechtlichen vorgezogenen Ausgleichsmaßnahmen (CEF-Maßnahmen) in die textlichen Festsetzungen aufzunehmen.

Abstimmungsergebnis: 2 Ja-Stimmen; 14 Nein-Stimmen; 12 Stimmenthaltungen
Beschluss-Nr.: 45/18-10
Der Antrag wird mit Stimmenmehrheit abgelehnt.

Stadtrat Rappenhöner verliest nunmehr den 2. Änderungsantrag.

Oberbürgermeister Oberdorfer lässt ein Wort dafür und ein Wort dagegen zu.

Stadtrat Klaus Jäger, Fraktion DIE LINKE., befürwortet, die Aufnahme der Formulierung in den Bebauungsplan.

Auf Wunsch von Oberbürgermeister Oberdorfer trägt Bürgermeister Sárközy, das Wort dagegen vor.

Beschluss zum Änderungsantrag Nr. 2:
Für die Endfassung des Bebauungsplanes sind zu den bisherigen artenschutzrechtlichen vorgezogenen Ausgleichsmaßnahmen (CEF-Maßnahmen), die bisher lediglich neue Tagesquartiere zur Verfügung stellen, zusätzlich noch neue Nahrungshabitate zu schaffen, welche die verlorengegangenen Nahrungshabitate durch den vollständigen Verlust der bisherigen Kleingartenanlage ausgleichen.
Für die Überprüfung der Wirksamkeit dieser Maßnahmen ist ein Monitoring durchzuführen.

Abstimmungsergebnis: 1 Ja-Stimme; 15 Nein-Stimmen; 13 Stimmenthaltungen
Beschluss-Nr.: 45/18-11
Der Antrag wird mit Stimmenmehrheit abgelehnt.

Oberbürgermeister Oberdorfer lässt nunmehr über den Beschlusstext der Verwaltungsvorlage – ***Drucksachennummer: 888/2018***, abstimmen.

Beschluss:
Der Stadtrat der Stadt Plauen hebt den Beschluss vom 24.10.2017 „Aufstellungsbeschluss zur 4. Änderung des Flächennutzungsplanes im Parallelverfahren zur Aufstellung des BBP 041 Dreifeldsporthalle am Lessinggymnasium“ (Beschluss Nr.: 34/17-3) auf und entwickelt den Bebauungsplan 041 „Dreifeldsporthalle am Lessinggymnasium“ gemäß § 8 Abs. 2 BauGB aus dem Flächennutzungsplan.

Abstimmungsergebnis: 25 Ja-Stimmen; keine Nein-Stimmen; 5 Stimmenthaltungen
Beschluss-Nr.: 45/18-12

3.12. Bebauungsplan Nr. 041 „Dreifeldsporthalle am Lessinggymnasium“ – Billigungs- und Auslegungsbeschluss
Drucksachennummer: 889/2018

Diskussion zum Sachverhalt - siehe TOP 3.11.

Beschluss:
Der Stadtrat der Stadt Plauen billigt den Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 041 „Dreifeldsporthalle am Lessinggymnasium“ mit der Begründung sowie den Fachbeiträgen und beschließt die öffentliche Auslegung nach § 3 Abs. 2 BauGB.

Abstimmungsergebnis: 21 Ja-Stimmen; 1 Nein-Stimme; 7 Stimmenthaltungen
Beschluss-Nr.: 45/18-13

3.13. Grünpaten für Plauen - 100 neue Patenschaften bis 2022
Drucksachennummer: 895/2018

Herr Sárközy, Bürgermeister Geschäftsbereich II, erläutert den Inhalt der Vorlage.

Stadtrat Dieter Rappenhöner, SPD/Grüne-Fraktion, stimmt dieser Vorlage zu. Er findet es gut, dass die

Höhe der Spende für einen „Exklusivbaum“ auf 1.000 EUR gesenkt wurde.

Dass laut Modell 4 (Sachverhalt zur Vorlage) in den vergangenen 10 Jahren deutlich mehr Bäume gefällt als gepflanzt wurden, sei nach Meinung von Stadtrat Rappenhöner ein „Armutszeugnis für die Stadt Plauen“.

Oberbürgermeister Oberdorfer sieht es so, dass viele sich wünschen, angeregt zu werden, eine Baumspende durchzuführen.

Stadträtin Claudia Hänsel, Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE., begrüßt die unterbreiteten Vorschläge. Im Zuge der Diskussion zu dieser Vorlage kam in ihrer Fraktion folgender Gedanke auf:

Die Fraktion DIE LINKE. schlägt vor, am Ende der Legislaturperiode des derzeitigen Stadt-rates im Jahr 2019 eine gemeinschaftliche Baumspende in der Größenordnung von 1.000 EUR durchzuführen.

Anfang des Jahres 2019 würde die Fraktion DIE LINKE. nachfragen, wie sich die anderen Fraktionen zu diesem Vorschlag positionieren.

Stadtrat Hansjoachim Weiß, CDU-Fraktion, weist ebenfalls die Behauptung von Stadtrat Rappenhöner zurück. In einer Stadt sei es oft nicht üblich, dass sich Bürger/innen wie z. B. in ländlichen Gemeinden für die Verschönerung einsetzen. Deshalb unterstützt er die von der Verwaltung vorgeschlagenen Varianten für eine Grünpatenschaft.

Beschluss:
Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt die Baumspendenaktion „Grünpaten für Plauen – 100 neue Patenschaften bis 2022“ mit den in der Begründung dargestellten Modalitäten.

Abstimmungsergebnis: 28 Ja-Stimmen; keine Nein-Stimmen; keine Stimmenthaltungen
Beschluss-Nr.: 45/18-14

3.14. Beschluss zur Vorbereitung und Durchführung des Vergabeverfahrens als Direktvergabe eines öffentlichen Dienstleistungsauftrages an die Plauener Straßenbahn GmbH
Drucksachennummer: 896/2018

Oberbürgermeister Oberdorfer informiert, dass die Stadt Plauen mit diesem Beschluss die Straßenbahn rechtssicher beauftragen möchte auch zukünftig für die Bürgerinnen und Bürger der Stadt Plauen ihre Leistungen anbieten zu können.

Herr Brosig, Fachgebiet Stadtplanung und Umwelt, erläutert den Inhalt der Vorlage. Er teilt u. a. mit, dass eine externe Prüfung ergeben hat, dass die Stadt Plauen die Anforderungen und Voraussetzungen bezüglich einer Direktvergabe eines öffentlichen Dienstleitungsauftrages an die Plauener Straßenbahn GmbH erfüllt. Die Direktvergabe beinhaltet das gesamte ÖPNV-Netz der Stadt Plauen (Straßenbahn, Plus-Bus, Nachtbus). Es soll die maximale Vertragsdauer von 22,5 Jahren beauftragt werden. Geplant ist, dass sich der Zweckverband ÖPNV zur Hälfte an den Kosten des Vergabeverfahrens beteiligt.

Stadtrat Hansjoachim Weiß, CDU-Fraktion, spricht in seiner Funktion als Aufsichtsratsvorsitzender der Plauener Straßenbahn GmbH.
Er führt aus, dass die so genannte Inhouse-Vergabe möglich sei, da die Stadt Plauen zu 100 % Gesellschafter der Plauener Straßenbahn GmbH ist.

Stadtrat Weiß merkt an, dass vielleicht aus den von Oberbürgermeister Oberdorfer zu Beginn der Sitzung erwähnten zusätzlichen Mitteln vom Bund auch etwas in die behindertengerechte Ausstattung von Straßenbahnhaltestellen investiert werden sollte.

Stadtrat Weiß freut sich, dass die Zusammenarbeit mit dem Zweckverband ÖPNV nunmehr so gut ist und eine Mitfinanzierung der Kosten für das Vergabeverfahren erfolgt.

Weiterhin gibt er zu bedenken, dass die Finanzierung der Plauener Straßenbahn für die Zukunft nicht geklärt sei. Er erinnert daran, dass die Stadt Plauen jährlich im Durchschnitt ca. 2 Mio. EUR für die Plauener Straßenbahn/den ÖPNV bereitstellt. Durch das Land Sachsen werden aber keine Mittel für die Stadt Plauen sondern nur für den Vogtlandkreis gezahlt.

Stadtrat Weiß wünscht sich einen einstimmigen Beschluss zu dieser Vorlage, um dem Vogtlandkreis ein Zeichen zu geben, dass die Plauener hinter ihrer Straßenbahn stehen.

Oberbürgermeister Oberdorfer merkt an, dass der Zweckverband ÖPNV keine Anzeichen erkennen lässt, dass er nicht hinter der Plauener Straßenbahn stehen würde.

Stadtrat Ingo Eckardt, CDU-Fraktion, befürwortet die Vorlage ausdrücklich. Er möchte aber im Zuge der Ausschreibungsmodalitäten erinnern, dass die Stadt Plauen auch aus weiter entfernten Ortsteilen besteht, die nicht so gut an das Straßenbahnnetz angeschlossen sind. Hier sollte die Straßenbahn-Bus GmbH verstärkt mit in die Pflicht genommen werden, um eine bessere Anbindung der Ortsteile zu erreichen.

Beschluss:
Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt in Zusammenarbeit mit dem Zweckverband ÖPNV Vogtland die Vorbereitung und Durchführung eines Vergabeverfahrens mit dem Ziel der erneuten Direktvergabe eines öffentlichen Dienstleistungsvertrags ab dem 01.04.2021 an die Plauener Straßenbahn GmbH.

Abstimmungsergebnis: 33 Ja-Stimmen; keine Nein-Stimmen; keine Stimmenthaltungen
Beschluss-Nr.: 45/18-15

3.15. Marktkalender der Stadt Plauen für das Jahr 2019
Drucksachennummer: 890/2018

Oberbürgermeister Oberdorfer erläutert kurz den Inhalt der Vorlage.

Beschluss:
Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt den Marktkalender der Stadt Plauen für das Jahr 2019 und ermächtigt die Verwaltung nach § 2 Abs. 2 der Wochenmarkt- und Weihnachtsmarktsatzung zu Abweichungen, sollten diese erforderlich sein.

Abstimmungsergebnis: 33 Ja-Stimmen; keine Nein-Stimmen; keine Stimmenthaltung
Beschluss-Nr.: 45/18-16

3.16. Gemeinsamer Antrag der SPD/Grüne Fraktion und der Fraktion DIE LINKE., zur Feuerwehreinsatzplanungs- und Alarmierungssoftware
Reg.-Nr. 276-18
- Stellungnahme der Verwaltung

Stadtrat Frank M. Zabel, SPD/Grüne-Fraktion, teilt mit, dass der Gemeinsame Antrag der SPD/Grüne-Fraktion und der Fraktion DIE LINKE, *Reg. Nr. 276-18* zurückgezogen wird.

Stadtrat Frank M. Zabel führt aus, dass es gemäß seiner Informationen aus dem Feuerwehrausschuss, im Kreis eine Software mit ähnlichen Features geben soll, wie die, welche die Freiwillige Feuerwehr (FFW) Neundorf angedacht hatte, zu testen und einzusetzen.

Stadtrat Frank M. Zabel hat Rücksprache mit den Verantwortlichen in den FFW Neundorf und Straßberg gehalten, ob solch eine Einführung auch ihrem Anliegen entsprechen würde.

Seitens der FFW Neundorf wurde dies bestätigt. Man könne gut damit leben, dass der Kreis das System testet und anschließend Ergebnisse mitteilt. Wenn das System erfolgreich wäre, würde dies einen Gewinn für die FFW darstellen.

Stadtrat Frank M. Zabel bittet darum, diese o. g. Software im I. Quartal 2019 zu testen und danach eine Information an den Stadtrat zu geben.

Oberbürgermeister Oberdorfer legt fest, dass Herr Pöcker, Leiter Fachgebiet Brandschutz,

im Feuerwehrausschuss konkretisieren soll, wann die Software getestet wird und eine entsprechende Information an den Stadtrat zu geben, wenn dieser Test abgeschlossen ist.

3.17. Antrag der Fraktion DIE LINKE. zur Umstellung der Internetanschlüsse der kommunalen Einrichtungen und Gesellschaften, Reg.-Nr. 307-18 - Stellungnahme der Verwaltung

Stadtrat Lars Legath, Fraktion DIE LINKE., erläutert den Inhalt des Antrages.

Die Fraktion DIE LINKE. begrüßt den in der Stellungnahme der Verwaltung erwähnten Vorschlag, eine verwaltungsinterne Arbeitsgruppe zu bilden.

Als zuständige Ausschüsse, in denen über den aktuellen Sachstand regelmäßig berichtet werden sollte, schlägt die Fraktion DIE LINKE. den Wirtschaftsförderungsausschuss und den Verwaltungsausschuss vor.
Existierende Kündigungsfristen, wie in der Stellungnahme der Verwaltung aufgeführt, sind nach Meinung von Stadtrat Legath nicht problematisch, da der Antrag lautet „zum schnellstmöglichen Zeitpunkt“ umzustellen. Somit können diese Kündigungsfristen eingehalten werden.

Stadtrat Legath trägt abschließend ein Zitat von Oberbürgermeister Oberdorfer aus dem Jahr 2010 vor.

Oberbürgermeister Oberdorfer merkt an, dass die Stadtwerken Plauen Storm im Vergleich mit anderen Serviceunternehmen auch mit einer angekündigten Erhöhung trotzdem noch sehr günstige Preise für Strom bieten können.

Herr Zenner, Bürgermeister Geschäftsbereich I, teilt mit, dass dem Antrag aus Sicht der Verwaltung vollumfänglich gefolgt werden kann. Es sei konsequent, die städtischen Immobilien dahingehend so schnell als möglich umzustellen.

Stadtrat Frank M. Zabel, SPD/Grüne-Fraktion, befürwortet im Namen seiner Fraktion den Antrag der Fraktion DIE LINKE..

Beschluss:

1. Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, ob und wann die Internetanschlüsse aller kommunalen Einrichtungen und Gesellschaften auf ein entsprechendes Produkt der Stadtwerke Strom Plauen umzustellen sind.

2. Alle Umstellungen sind zum nächstmöglichen Zeitpunkt vorzunehmen.

3. Der Stadtrat bzw. der zuständige Ausschuss ist bis zur Umstellung in regelmäßigen Abständen über den Arbeitsstand zu informieren.

Abstimmungsergebnis: 31 Ja-Stimmen, keine Nein-Stimmen; 1 Stimmenthaltung

Beschluss-Nr.: 45/18-17

4. Anfragen (§ 21 der Geschäftsordnung des Stadtrates der Stadt Plauen)

Stadtrat Bernd Stubenrauch, SPD/Grüne-Fraktion, teilt mit, dass auf der Bahnhofstraße Mülltonnen von den Anwohnern direkt vor den dort aufgestellten Sitzbänken abgestellt werden.

Herr Sárközy, Bürgermeister Geschäftsbereich II, sagt zu, mit den betreffenden Hauseigen-tümern Kontakt aufnehmen und darauf hinweisen, dass die Abfallbehälter nicht direkt bei den Bänken abgestellt werden sollen.

Stadtrat Dieter Rappenhöner, fragt nach, wann das beantragte Konzept zum Ausstieg der Anwendung von Glyphosat auf kommunalen Flächen (*Antrag der Fraktion DIE LINKE., **Reg. Nr. 264-18)***. dem Stadtrat vorgelegt werden soll. Es wurde von Bürgermeister Sárközy zugesagt, das o. g. Konzept im Herbst 2018 vorgelegt werden soll.

Herr Sárközy, Bürgermeister Geschäftsbereich II, teilt mit, dass zu diesem Thema eine ent-sprechende Vorlage im Stadtbau- und Umweltausschuss am 05.12.2018 behandelt werden soll.

Stadtrat Sven Gerbeth, Vorsitzender der Fraktion FDP/Initiative Plauen, bittet zu prüfen, ob es rechtlich richtig war, zu den unter TOP 3.11. gestellten beiden Anträgen von Stadtrat Dieter Rappenhöner, SPD/Grüne-Fraktion, das Wort gegen den Antrag von einem Mitglied der Verwaltung (*Bürgermeister Sàrközy*) wahrgenommen wurde.

Oberbürgermeister Oberdorfer antwortet, dass er selbst Mitglied des Stadtrates ist. Er hat in diesem Falle das Wort gegen den Antrag an sich gezogen und die Antwort hierzu an seinen Stellvertreter, Bürgermeister Sárközy, delegiert.

Stadtrat Sven Gerbeth, Vorsitzender der Fraktion FDP/Initiative Plauen, führt aus, dass bezüglich Beschluss zur Stadtteil bezogenen Sonntagsöffnung in der Sitzung des Stadtrates am 02.10.2018 auf seine Nachfrage mitgeteilt wurde, dass sich im Hause Scharnhorststraße 1 ein Bäckereigeschäft befindet.

Stadtrat Gerbeth informiert, dass es diese Bäckerei schon seit mehreren Jahren nicht mehr gibt. Er bittet darum, künftig bei solchen Vorlagen genau Acht zu geben, welche Geschäfte in diesen Stadtteil bezogenen Sonntagsöffnungen aktuell zu berücksichtigen sind. Vielleicht könnte hierzu eine Liste erstellt werden.

Stadtrat Steffen Müller, CDU-Fraktion, fragt zur Digitalisierung in der Stadt Plauen nach. Auf der Homepage der Stadt Plauen sei nicht ersichtlich, wo bereits erschlossen wurde. Er fragt nach, wie mit den Gebäuden verfahren wird, wo kein Glasfaserkabel anliegt. Wie sind die weiteren Schritte? Wie ist die Bedarfsanalyse überhaupt abgelaufen, die zu den jetzigen Ausbaugebieten geführt hat? Wie ist die Strategie zur weiteren Erschließung für die nächste Zeit? Wo wird das gemeldet und gesammelt? Wer ist für die ganze Sache überhaupt zuständig?

Herr Sorger, Wirtschaftsförderer der Stadt Plauen, teilt mit, dass sehr viele Anfragen hierzu bereits bei der Stadtverwaltung Plauen eingegangen sind. Jede einzelne Anfrage wird beantwortet.

Herr Sorger schlägt vor, die von Stadtrat Müller gestellten Fragen im Detail in einer der nächsten Sitzungen des Wirtschaftsförderungsausschuss zu erörtern.

Oberbürgermeister Oberdorfer legt fest, dass zu diesem Thema so bald als möglich in einer öffentlichen Sitzung des Wirtschaftsförderungsausschusses umfangreich informiert wird.

Oberbürgermeister Oberdorfer informiert, dass alle betroffenen Hauseigentümer angeschrieben wurden. Gleichzeitig wurde ein Brief an das Landratsamt geschickt, welches für Information und Beratung zu diesem Thema zuständig ist.

Stadtrat Jörg Schmidt, Vorsitzender der CDU-Fraktion, spricht zum Antrag seiner Fraktion, ***Reg. Nr. 277-18.***
Den Kameraden/innen der Freiwilligen Feuerwehren sollte es als Anerkennung ihrer ehrenamtlichen Tätigkeit ermöglicht werden, die diesjährige Weihnachtsausstellung im Museum mit ihren Familien kostenfrei zu besuchen.
Es gibt noch einen weiter reichenden Antrag der Fraktion DIE LINKE., ***Reg. Nr. 282-18***, der nunmehr im Rahmen der Haushaltsbefassung 2019 beraten werden soll.

Somit sei der o. g. Antrag der CDU-Fraktion zurück gestellt worden und die Befassung würde voraussichtlich nicht mehr rechtzeitig vor der Adventszeit erfolgen.

Stadtrat Schmidt fragt deshalb nach, ob es sich die Verwaltung vorstellen kann, unbürokratisch eine Lösung diesbezüglich vor der Adventszeit in die Wege zu leiten.

Oberbürgermeister Oberdorfer sieht kommunalrechtlich nur eine Möglichkeit, dass der o. g. Antrag der CDU-Fraktion noch in der Weihnachtszeit zügig behandelt werden könnte. Dazu müsste die Fraktion DIE LINKE. ihren ebenfalls o. g. weiterführenden Antrag zurückzieht.

Stadträtin Petra Rank, Fraktion DIE LINKE., teilt mit, dass der o. g. Antrag ihrer Fraktion im Kultur- und Sportausschuss mit knapper Mehrheit bestätigt wurde. Demzufolge wäre ein Zurückziehen dieses Antrages ihrer Meinung nach nicht mehr möglich. Eventuell sollte das Ansinnen des Antrages der CDU-Fraktion dann im kommenden Jahr zur Weihnachtszeit umgesetzt werden.

Oberbürgermeister Oberdorfer antwortet, dass ein Antrag jederzeit von der jeweiligen Fraktion zurückgezogen werden könnte.

Weiterhin meint Stadtrat Schmidt, dass vor dem 1. Advent die Weihnachtsbeleuchtung in den Städten nicht illuminiert werden sollte. Derzeit ist es aber in Plauen so, dass am „Tunnel“ bereits alles hell erleuchtet ist. Stadtrat Schmidt fragt nach, ob es diesbezüglich eine Regelung innerhalb der Verwaltung gibt, wann das veranlasst wird und wie mit dieser Frage umgegangen wird.

Herr Sárközy, Bürgermeister Geschäftsbereich II, antwortet, dass es eine sehr umfangreiche Weihnachtsbeleuchtung in der Stadt gibt. Es ist nicht möglich, z. B. mit Beginn des Weihnachtsmarktes „mit einem Knopfdruck“ jegliche Weihnachtsbeleuchtung einzuschalten. Der Eigenbetrieb GAV benötigt ca. 4 Wochen Vorlauf, um alles installieren zu können. Diese Weihnachtsbeleuchtung könne auch nicht getrennt von der Straßenbeleuchtung geschaltet werden.

Stadtrat Lars Legath, Fraktion DIE LINKE., merkt an, dass es im Internet die Aussage gäbe, dass zum Fußballspiel VFC Plauen gegen BSG Wismut Gera ein Sonderbus für die Geraer Fans verlangt und dem Verein durch das Ordnungsamt in Rechnung gestellt wurde.

Stadtrat Legath möchte wissen, warum ein ähnliches Verfahren am 13.10.2018 nicht möglich war. An diesem Tag gab es 2 Kampfsportveranstaltungen in Plauen, die nach Meinung von Stadtrat Legath teilweise ein hohes extremes Gewaltpotential mit sich gebracht hätten.

Stadtrat Legath berichtet, dass es bei einer der beiden Veranstaltungen eine Situation gegeben habe,

wobei 30 Leipziger Hooligans am Bahnhof ausgestiegen und von dort durch die Stadt gezogen sind. Sie hätten Passanten bepöbelt, bedroht, und mit Böllern beworfen.
Hierbei gab es nach Meinung von Stadtrat Legath offensichtlich kein Sicherheitskonzept. Er fragt nach, warum nach seiner Meinung eine Ungleichbehandlung zwischen einem Ortsansässigen Verein und einem eher kommerziellen Veranstalter vorgenommen würde.

Oberbürgermeister Oberdorfer sagt eine schriftliche Antwort zu.

Plauen, den	Plauen, den	Plauen, den	Plauen, den
Ralf Oberdorfer Oberbürgermeister	Hansjoachim Weiß Stadtrat	Juliane Pfeil-Zabel Stadträtin	Peggy Glaß Schriftführerin